



CDU BODENSEEKREIS

PM 17-11

Ein Jahr neue Schulpolitik der CDU – Was bleibt? Was ändert sich?

Eine Veranstaltung der besonderen Art hat die CDU Bodenseekreis am Dienstag in Salem angeboten: „Ein Jahr neue Schulpolitik der CDU – Was bleibt? Was ändert sich?“ Karl-Wilhelm Röhm MdL Bildungspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Landtag gab einen umfassenden Einblick, was sich im letzten Jahr im Bereich Bildung getan hat, nachdem die CDU seit den letzten Wahlen mit Frau Dr. Susanne Eisenmann wieder die Kultusministerin im Land stellt.

CDU Bodenseekreis
Bahnhofstrasse 8
88250 Weingarten
Tel. +49.751. 56 09 25 25
Fax +49.751. 56 09 25 50
presse@cdu-bodenseekreis.de
www.cdu-bodenseekreis.de

Pressesprecherin
Daniela Dietrich
Tel.: 07542/406838
Datum: 06.07.2017

Nicht zufällig findet dieser Termin in Salem statt, denn hier gibt es seit längerem eine anhaltende und nicht zuletzt öffentliche Diskussion zur Einführung einer Oberstufe an der bestehenden Gemeinschaftsschule. Keine Absicht unterstellen wollte CDU Kreisvorsitzender Volker Mayer-Lay, da zeitgleich mit dieser bildungspolitischen Veranstaltung eine Gemeinderatssitzung in Salem stattfand. Es sei dennoch schade, dass so die Vertreter der Kommunalpolitik nicht von diesem Angebot profitieren konnten. Neben den zahlreichen Direktoren und Rektoren des westlichen Bodenseekreises waren auch viele Lehrer und einige Eltern zur Veranstaltung gekommen.

Landtagsabgeordneter Röhm stellte die vielen Veränderungen in der Bildungspolitik im Land vor, welche auch die Grundschulempfehlung betreffen, um die es in der Vergangenheit viele Diskussionen gab. Hier wurde durchgesetzt, dass ab dem Jahr 2018 die Empfehlung zwar der weiterführenden Schule vorgelegt werden muss, der Elternwille auf welche Schule das Kind letztendlich geht, jedoch entscheidend sei, so Röhm. Neu sei auch bei den Grundschulen, dass nicht nur die verbindlichen Ganztagschulen finanziell gefördert werden, sondern eben auch diejenigen Schulen, die flexible Ganztagsbetreuung anbieten. Das „Schreiben nach Gehör“ gibt es in Baden-Württemberg nicht mehr erzählt Karl-Wilhelm Röhm - nicht ganz ohne Freude darüber - hält er doch diese Lehrmethode für nicht nachweislich erfolgreich und massentauglich.

Röhm versichert, dass die Landesregierung zu den bestehenden Bildungsangeboten stehe und den Wettbewerb zwischen den einzelnen Schularten für sinnvoll hält. So sei für jedes Kind die passende Schule wählbar. Das Qualitätskonzept der Schulaufsicht soll verändert werden, was konkret heißen soll, dass die bestehenden Einrichtungen unter einem Dach zusammengefasst werden und bessere Weiterbildungsmöglichkeiten angeboten werden sollen, so Röhm.

Als Vertretung für Klaus Burger MdL berichtete Minister a. D. Ulrich Müller von einer an das Bildungsministerium gerichteten Anfrage zu Voraussetzungen und



CDU DIE BADEN-
WÜRTTEMBERG-PARTEI

Entwicklungen der Gemeinschaftsschulen in Baden-Württemberg. Die Antwort des Ministeriums, beinhaltet, dass die Entwicklung der Schülerzahl an nahezu allen Gemeinschaftsschulen unter den Erwartungen geblieben sei. Die Voraussetzungen zur Einrichtung einer Oberstufe in der Gemeinschaftsschule Salem (60 Oberstufenfähige Schüler) sieht Müller als nicht gegeben. MdL Röhlm bestätigte aber, dass es für jeden Antrag eine Einzelfallbetrachtung geben werde. Für Röhlm war auch wichtig, dass klar darauf hingewiesen wird, dass die besondere Pädagogik der Gemeinschaftsschule mit der 10. Klasse endet und in einer Oberstufe wie an einem klassischen Gymnasium unterrichtet wird. Als „nicht ganz widerspruchsfrei“ beurteilte CDU Kreisvorsitzender Volker Mayer-Lay die Bemühungen Salems nach finanzieller Beteiligung der Umlandgemeinden an der Gemeinschaftsschule und dem gleichzeitigen Bestreben nach Schaffung einer Oberstufe, welche weitere Schüler aus den benachbarten Gymnasien abwerben könnte. Dass eine finanzielle Beteiligung der Nachbargemeinden durchgesetzt werden kann, bezweifelt Karl-Wilhelm Röhlm. Nicht zuletzt sehen auch die elf Bürgermeister der umgebenden Gemeinden die Voraussetzung für eine Beteiligung als nicht gegeben an, wie sie in einem offenen Brief an Bürgermeister Härle bereits im Frühjahr des Jahres kundgetan haben.

In den regen Diskussionen im Anschluss an die Veranstaltung war immer wieder zu hören, dass nicht jedes Schulkonzept für jeden passt. Karl-Wilhelm Röhlm ist sich sicher, „wir Lehrer tragen die Verantwortung, Kinder zum für sie geeigneten Abschluss zu führen. Hierbei ist der Lehrer für den Unterrichtserfolg verantwortlich, wobei dem Lehrer der Weg dahin weitestgehend frei stehen muss.“

Foto: Karl-Wilhelm Röhlm MdL und bildungspolitischer Sprecher der CDU im Landtag und CDU Kreisvorsitzender Volker Mayer-Lay
Bild: Daniela Dietrich